

Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung</i>	1
§1 Die Aktualität des Parteiengesetzes: Von den Parteienfinanzierungsaffären der CDU über die 8. Parteiengesetznovelle bis zum Fall <i>Möller</i>	1
§2 Der Untersuchungsgegenstand	5
§3 Der Gang der Untersuchung	11

Erster Teil

Die Strafbarkeit von Verstößen gegen das Parteiengesetz wegen Untreue auf Basis der Parteiengesetzfassung vom 31. Januar 1994

17

<i>1. Abschnitt: Zum Täterkreis einer Parteienuntreue nach § 266 Abs. 1 StGB</i>	20
§1 Der Begriff der Vermögensbetreuungspflicht	20
A. Allgemeine Anforderungen	21
I. Der Indizienkatalog der Rechtsprechung	21
II. Das Strafunrecht der Untreue	26
B. Funktionaler Zusammenhang zwischen interner Machtstellung und Pflichtverletzung	29
I. Kritik entdifferenzierender Ansätze	30
II. Diskussion differenzierender Ansätze: inklusiver, innerer und funktionaler Zusammenhang	33
§2 Folgerungen für die Parteienuntreue	37
A. Parteiengesetzliche Pflichten als selbständige Vermögensbetreuungspflichten?	37
B. Zur Tauglichkeit der parteiengesetzlichen Pflichten als untreuerrelevante Pflichten im Rahmen bestehender Vermögensbetreuungsverhältnisse	39
I. Zur Untreuerrelevanz der parteiengesetzlichen Pflichten	39

1. Parteiengesetzliche Pflichten als öffentlichrechtliche Pflichten	39
2. Zur Relevanz der Obliegenheitsähnlichkeit zentraler parteiengesetzlicher Pflichten	44
3. Fremdvermögensbezug der Pflichten	48
4. Zur Schwere parteiengesetzlicher Pflichtverletzungen	52
II. Zur Untreuetätertauglichkeit von <i>Kobl</i>	53
C. Weitere taugliche Untreuetäter	59
2. <i>Abschnitt: Untreuerrelevante Tathandlungen</i>	66
§1 Die rechtswidrige Erlangung von Spenden	68
A. Die Spendenregelung des Parteiengesetzes	70
B. Objektiv untreuerafrechtliche Würdigung	76
I. Pflichtverletzungen	76
1. Allgemeines	77
a. Anwendbarkeit der Spendenregelung des Parteiengesetzes – der Begriff der Parteispende	78
aa. Das Problem der »Spende« im Begriff der Parteispende	78
bb. Das Problem der »Partei« im Begriff der Parteispende	80
(1) Der Wille des Spenders – Abgrenzung zur Abgeordnetenspende	80
(2) Zufluß an die Partei	83
(a) Wirtschaftliche Verfügungsmacht als Zuflußkriterium im Einkommensteuerrecht.	84
(b) Konsequenzen für Parteispenden und den Fall <i>Kobl</i> : Der Beschluß des LG Bonn vom 28. Februar 2001.	86
cc. Das Problem der Zulässigkeit der Parteispende – faktischer und normativer Parteispendenbegriff	93
b. Der Zeitpunkt der Vollendung der Pflichtverletzung – Annahme und Erlangung, Tun oder Unterlassen	94
2. Einzelne Pflichtverletzungen	97
a. Die Erlangung von anonymen Spenden	97
aa. Parteihorizont versus Behördenhorizont	98
bb. Reine Wissenszurechnung versus Beweislastumkehr	104
cc. Ergebnis der Wissenszurechnung im Fall <i>Kobl</i>	110
b. Die Erlangung von Fraktionsspenden	115
c. Die Erlangung von Einflußspenden	120
II. Vermögensnachteil	122
1. Möglichkeit des Anspruchsverlustes als Vermögensgefährdung	123

a. Negative Voraussetzungen des Anspruchsverlustes nach dem Parteiengesetz	124
b. Das Problem der Unmittelbarkeit	127
aa. Die zeitliche Distanz zwischen Pflichtverletzung und endgültigem Schadenseintritt – der materielle self-executing-Charakter des Anspruchsverlustes	130
bb. Abhängigkeit des endgültigen Schadenseintritts von Mittelzuweisungsantrag und Rechenschaftsbericht der Partei – Druck zur Rechnungslegung	133
cc. Abhängigkeit des endgültigen Schadenseintritts vom Sanktionierungsbescheid des Bundestagspräsidenten – deklaratorischer Charakter des Bescheids	135
dd. Zurechnungsausschluß aufgrund der allgemeinen Wertung der Straflosigkeit des Untreueversuchs? – formale versus materiale »Versuchslösung«	136
c. Die Position der Rechtsprechung	137
2. Kompensation durch Vermögensvorteile?	140
a. Ergebnis bei Erforderlichkeit einer Gesamtsaldierung	140
aa. In Betracht kommende Vermögensvorteile	141
(1) »Kohl-Pfennig«	141
(2) Zivilgesetzliche Schadensersatzansprüche	141
(3) Der Betrag der rechtswidrigen Spende	142
(4) Kompensationstaugliche Gewinnchancen	142
(a) Die Entwicklung der Rechtsprechung.	143
(aa) Die Rechtsprechung des Reichsgerichts.	143
(bb) Das Bundesligaskandal-Urteil – BGH NJW 1975, 1234.	147
(b) Konsequenzen für den Fall <i>Kohl</i>	150
bb. Saldierung	151
(1) Die relevante Saldierungsregel	151
(2) Die Saldierung im einzelnen	153
b. Kompensationsuntauglichkeit von rechtswidriger Spende und faktischer Aussicht auf rechtswidrige Spenden?	157
III. Zur Vollendung der Untreue	161
IV. Zur Bedeutung von »Ehrenworten«	162
C. Einwände gegen eine Untreuestrafbarkeit	165
I. Bloße Formalität der parteiengesetzlichen Regelungen	166
1. Formalität wegen Verfahrensbezügen des Parteiengesetzes?	167
2. Formalität wegen Moral- bzw. Gerechtigkeitsindifferenz des Parteiengesetzes?	170
II. Wille des (Parteien-)Gesetzgebers	171
1. Vorstellungen des Gesetzgebers bis zur Verabschiedung des Parteiengesetzes 1967	172

2. Vorstellungen des Parteiengesetz-Änderungsgesetzgebers von 1984	177
3. Vorstellungen des Gesetzgebers von 1994	181
a. Empfehlungen der Parteienfinanzierungskommission 1993	181
b. Die Wiedereinführung der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung 1994	182
III. Nichtvermögensrechtlicher Charakter des Anspruchsverlustes gemäß § 23a Abs. 1 Satz 1 PartG 1994	184
1. Zur Reichweite der These von der Vermögensdeliktsneutralität strafrechtlicher Vermögenssanktionen	185
2. Zur Frage des Strafcharakters des Anspruchsverlustes im Sinne von Art. 103 Abs. 2 GG	187
a. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Begriff der Strafe, insbesondere zu den Verwirkungstatbeständen im Wiedergutmachungsrecht	188
b. § 23a Abs. 1 Satz 1 PartG 1994 als reine Präventionsnorm	191
c. Kritik konkurrierender Deutungen	198
3. Anspruchsverlust als wirtschaftlicher Marktfaktor im politischen Wettbewerb	202
IV. Fehlende Konnexität zwischen Pflichtverletzung und Vermögensnachteil bei § 23a Abs. 1 PartG 1994	204
1. Vereinbarkeit mit Doppelbestrafungsverbot gemäß Art. 103 Abs. 3 GG	205
2. Unvergleichbarkeit mit § 30 OWiG	207
3. Hinreichende Konnexität zwischen Parteiengesetz und Strafrecht	209
a. Innerer funktionaler Zusammenhang zwischen parteiengesetzlicher Sanktion und Vermögensbetreuungsverhältnis	209
b. Unhaltbarkeit einer starken Inkompatibilitätsthese	211
c. Unhaltbarkeit einer schwachen Inkompatibilitätsthese	215
aa. Zur Neutralisation des Erfolgsunwertes einer Parteienuntreue	216
bb. Zur Neutralisation des Handlungsunwertes einer Parteienuntreue	219
V. Verfassungswidrigkeit von §§ 23a Abs. 1, 25 Abs. 1 Satz 2 PartG 1994?	225
1. Nichterforderlichkeit einer ausdrücklichen verfassungsrechtlichen Ermächtigungsgrundlage für § 23a Abs. 1 PartG 1994	225

2. Vereinbarkeit mit dem Schuldprinzip	227
3. Verhältnismäßigkeit und Bestimmtheit	230
D. Ergebnis	233
§2 Die Nicht- bzw. nicht ordnungsgemäße Publikation von Großspenden	233
A. Zum Tatbestand	235
I. Verwirklichungsweisen der Nichtpublikation	235
II. Tun oder Unterlassen	238
III. Der Zeitpunkt der Vollendung der Pflichtverletzung	239
IV. Zur Nachmeldung von (Groß-)Spenden	240
1. Die Praxis der Bundestagsverwaltung	240
2. Kritik der Praxis der Bundestagsverwaltung	242
a. Nachmeldepraxis als »Auslegungsproblem«?	242
aa. Eindeutiger Wortlaut von §23a Abs.1 Satz 1 Alt.2 PartG 1994	242
bb. Eindeutiger subjektiver und objektiver Gesetzeszweck	242
b. Nachmeldepraxis als Problem freier Rechtsfortbildung?	246
aa. Analogie zu §371 Abgabenordnung	247
bb. Heranziehung des Rechtsgedankens der Strafflosigkeit bei Selbstanzeige	248
cc. Kompensation der Verwirkung durch Selbstanzeige	251
3. Leitlinien für eine Regelung	253
V. Zur Frage des Vermögensnachteils	255
1. Wertmindernde Faktoren	256
2. Kompensation	257
VI. Exklusivitätsverhältnis zwischen Publikationsgebot und Spendenannahmeverboten	257
B. Obliegenheitsähnlichkeit des Publikationsgebots als Strafbewehrungshindernis?	258
C. Ergebnis	261
§3 Die Nicht- bzw. nicht ordnungsgemäße Einreichung von Rechenschaftsberichten	261
A. Die Entwicklung von direkter gesetzlicher Parteienteilfinanzierung und Sanktionierung der Abgabe bzw. Nichtabgabe von Rechenschaftsberichten	263
I. Die Logik der Koppelung von direkter Parteienfinanzierung und Abgabe von Rechenschaftsberichten	264
II. Die Entwicklung der Verschränkung von direkter Parteienfinanzierung und Sanktionierung der Abgabe bzw. Nichtabgabe von Rechenschaftsberichten	265

1. Ordoliberaler Regelung: »Reine« Wahlkampfkostenerstattung und bloße Zahlungssperre gemäß PartG 1967	266
2. Gemischt liberal-interventionistische Regelung: Wahlkampfkostenerstattung, Chancenausgleich, sanktionierte Spendenannahmeverbote und Zahlungssperre gemäß PartG 1984	271
3. Restriktive und kontrollierte Subventionsregelung: Allgemeine Parteienteilfinanzierung, Festsetzungshindernis und Anspruchsverluste bei Säumigkeit gemäß PartG 1994 . .	275
a. Die Neuregelung der direkten staatlichen Parteienteilfinanzierung	275
b. Die Verschärfung der Sanktionierung der Abgabe bzw. Nichtabgabe von Rechenschaftsberichten	279
aa. Fraktionsentwurf vom 28.09.1993: Verlust des Zuwendungsanteils bei Nichteinreichung des Rechenschaftsberichts bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres	280
bb. Schreiben der Bundestagspräsidentin <i>Süssmuth</i> vom 20.10.1993: Totalverlust des Anspruchs auf direkte staatliche Parteienfinanzierung bei Nichteinreichung des Rechenschaftsberichts bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres	285
cc. Sitzung des Innenausschusses vom 29. Oktober 1993: Beratung der Vorschläge mit »einvernehmlichem Ergebnis«	287
dd. §§ 19abs.4 Satz 3 i.V.m. 23 Abs.4 Sätze 1 und 3 PartG 1994: Festsetzungshindernis mit zweistufiger Sanktionenfolge	289
B. Pflichtverletzungen in Gestalt unterlassener Antragstellung und unterlassener Rechenschaftslegung	297
I. Die Nicht- bzw. verspätete Stellung von Anträgen auf Festsetzung und Auszahlung staatlicher Mittel	297
1. Tauglichkeit als untreuerelevante Pflichtverletzung	298
2. Tauglichkeit des Ausschlusses gemäß § 19abs.1 Satz 2 PartG 1994 als untreuerelevanter Vermögensnachteil . .	304
II. Die Nicht- bzw. verspätete Einreichung von Rechenschaftsberichten	306
1. Tauglichkeit als untreuerelevante Pflichtverletzung	306
2. Tauglichkeit der Anspruchsteilverluste gemäß §§ 19abs.4 Satz 3, 23 Abs.4 Satz 3 PartG 1994 als untreuerelevante Vermögensnachteile	309

C. Die Einreichung nicht ordnungsgemäßer bzw. fehlerhafter Rechenschaftsberichte	318
I. Die Einreichung formell fehlerhafter Rechenschaftsberichte . . .	321
1. Der Inhalt der Pflicht	322
2. Der Umfang der Sanktionierung durch §§ 19 Abs. 4 Satz 3, 23 Abs. 4 Satz 3 PartG 1994: wesentliche und weniger wesentliche formelle Fehler	323
a. Die Praxis der Bundestagsverwaltung	324
b. Die Wesentlichkeit des formellen Fehlers als Differenzierungskriterium	329
II. Die Einreichung materiell fehlerhafter Rechenschaftsberichte . .	332
1. Der Inhalt der Pflicht	334
a. Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung	334
b. Subjektive oder objektive Richtigkeit des Rechenschaftsberichts	338
c. Zeitliche Fixierung materieller Fehler	342
2. Der Umfang der Sanktionierung durch §§ 19 Abs. 4 Satz 3, 23 Abs. 4 Satz 3 PartG 1994: formelle und materielle Theorie des Rechenschaftsberichts	344
a. Gleichbehandlung von §§ 19 Abs. 4 Satz 3 und 23 Abs. 4 Satz 3 PartG 1994	344
b. Rein formelle versus auch materielle Theorie des Rechenschaftsberichts	346
aa. Uneindeutige Aspekte	347
(1) Der Gesetzeswortlaut	347
(2) Die Prüfungskompetenz des Bundestagspräsidenten	349
bb. Streitentscheidende Aspekte	351
(1) Der Wille des Gesetzgebers	352
(2) Das Verhältnis zu § 23 a Abs. 1 Satz 1 PartG 1994	358
(3) Die Wesentlichkeit des materiellen Fehlers	364
(4) Verfassungskonforme Auslegung oder Fortbildung des Gesetzeszwecks: Das Verhältnis von Verfassungsrecht und einfachem Gesetz	369
(a) Keine Verfassungswidrigkeit der formellen Rechenschaftsberichtstheorie.	371
(b) Problematik einer richterlichen Rechtsfortbildung im Sinne der materiellen Rechenschaftsberichtstheorie.	379
c. Das Urteil des OVG Berlin vom 12.06.2002	384
3. Untreuestrafrechtliche Konsequenzen	392
D. Ergebnis	394

§ 4 Die satzungs- und parteiengesetzwidrige Verfügung über Partei Vermögen	395
A. Das Unterhalten von »schwarzen« Kassen und Konten	396
I. Die Pflichtwidrigkeit	398
1. Pflichtverletzungsgründe: Parteiengesetz, Partei satzungsrecht, Spendenabrede	399
2. Verwirklichungsweisen: Mißbrauchs- oder Treubruchsuntreue	405
3. Konsequenzen für die CDU-Affären	406
II. Der Vermögensnachteil	410
1. Verwendungszweckunabhängige versus verwendungszweckabhängige Bestimmung der Konkretheit der Vermögensgefahr bei der »schwarzen« Kasse	411
2. Für eine verwendungszweckabhängige und betreuungsexterne Bestimmung der Konkretheit der Vermögensgefahr bei der »schwarzen« Kasse	418
a. Abgrenzung zur realen Mittelverwendung und zur unordentlichen Buchführung	418
b. Die Perspektive der Betreuungsexternalität	420
c. Die Perspektive der Verwendungsabsicht	422
aa. Tauglichkeit in entkriminalisierender Hinsicht	422
bb. Untauglichkeit in kriminalisierender Hinsicht	425
3. Konsequenzen für die CDU-Affären	427
a. Die Treuhandanderkonten im Fall <i>Kohl</i>	427
aa. Kein Vermögensnachteil aus betreuungsexterner und verwendungszweckabhängiger Perspektive	428
bb. Kritik anderer Lösungen	430
(1) Strategie der strafrechtlichen Problemvermeidung (I): Die Argumentation des LG Bonn	430
(2) Strategie der strafrechtlichen Hypertrophie: Die Argumentation von <i>Wolf</i>	433
b. Die Schweizer Treuhandanderkonten im Fall der Hessen-CDU	437
aa. Kein Vermögensnachteil aus betreuungsexterner und verwendungszweckabhängiger Perspektive	437
bb. Strategie der strafrechtlichen Problemvermeidung (II): Kritik der Argumentation des LG Wiesbaden	438
c. Die liechtensteinische Stiftung »Zaunkönig« im Fall der Hessen-CDU	443
III. Ergebnis	445

B. Die satzungs- und parteiengesetzwidrige Verwendung von (»schwarzem«) Parteivermögen, insbesondere (»schwarzen«)	
Parteispenden	446
I. Die Pflichtwidrigkeit	447
1. Pflichtverletzungsgründe	448
a. Formelle Pflichtwidrigkeit	448
b. Materielle Pflichtwidrigkeit: Parteizweckkonforme und parteizweckwidrige Mittelverausgabung	449
aa. Die Aussagen von Verfassung, Parteiengesetz und Parteisatzungsrecht	449
bb. Fallgruppen parteizweckwidriger Mittelverwendung: persönlicher Eigen- und/ oder Dritt Vorteil sowie parteischädigendes Verhalten	453
2. Konsequenzen für die CDU-Affären	455
a. Der Fall <i>Kohl</i>	455
b. Der Fall der Hessen-CDU	457
II. Der Vermögensnachteil	459
1. Die Rechtsprechung zur Haushaltsuntreue: materielle und formelle Zweckwidrigkeit der Mittelverwendung	460
2. Straflosigkeit bloß formeller Haushaltsverstöße bzw. formeller Pflichtwidrigkeiten	466
3. Konsequenzen für die CDU-Affären	470
a. Der Fall <i>Kohl</i>	470
b. Der Fall der Hessen-CDU	472
III. Ergebnis	473
3. Abschnitt: Sonstige materiell-strafrechtliche Aspekte	474
§1 Subjektive Aspekte der Parteienuntreue	474
A. Vorsatz	474
B. Verbotsirrtum	483
§2 Zur Verjährung der Parteienuntreue	488
§3 Exkurs zur Betrugsstrafbarkeit überhöhter festsetzungsrelevanter Einnahmeausweise	493
A. Betrug gegenüber dem Bundestagspräsidenten zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland	495
I. Täuschung	496
1. Endgültige Mittelfestsetzung und -auszahlung	496
2. Abschlagszahlungen für das laufende Jahr	498
II. Irrtum und Vermögensverfügung	498
III. Vermögensschaden	500
1. Endgültige Mittelauszahlung	501

2. Abschlagszahlungen	505
B. Betrug gegenüber dem Bundestagspräsidenten zum Nachteile der anderen anspruchsberechtigten Parteien	506
I. Objektiver Tatbestand	506
II. Subjektiver Tatbestand	507

Zweiter Teil

Die Rechtslage nach dem 8. Gesetz zur Änderung des
Parteiengesetzes vom 28. Juni 2002

511

1. Abschnitt: Die Regelungen der 8. Parteiengesetznovelle	513
§1 Spenden und andere Einnahmen	513
A. Neue Legaldefinitionen	514
I. Mandatsträgerbeiträge, §27 Abs. 1 Satz 2 PartG	514
II. Spenden, §27 Abs. 1 Satz 3 PartG	515
III. Spendenerlangung durch die Partei, §25 Abs. 1 Satz 4 Hs. 1 PartG	515
IV. Einnahmen, §26 Abs. 1 Satz 1 PartG	521
B. Barspenden und allgemeine Spendenweiterleitungspflicht, §25 Abs. 1 Satz 2, 3 PartG	522
C. Neue Regelungen zu den Spendenannahmeverboten, §25 Abs. 2 PartG	525
I. Änderungen der Spendenannahmeverbote	525
1. Neue Spendenannahmeverbote	525
a. Spendenverbot für von der öffentlichen Hand beherrschte Unternehmen	525
b. Spendenverbot für bestimmte Spendensammler	526
2. Erweiterungen und Einschränkungen alter Spendenannahmeverbote	527
a. Spendenverbote für kommunale Fraktionen und öffentlich-rechtliche Körperschaften	528
b. Verbot von Entlohnungsspenden (»Dankeschönspenden«)	529
c. Einschränkung des Verbots von Auslandsspenden	531
II. Verfassungswidrige Entschärfung der Weiterleitungspflicht, §25 Abs. 4 PartG	532
D. Neue Publizitätsregelungen	536
I. Publikation von Großspenden und Mandatsträgerbeiträgen, §25 Abs. 3 PartG	536

II. Weitere Publizitätsneuerungen im Einnahmehereich, § 27 Abs. 2 PartG	539
§ 2 Rechenschaftsbericht und Prüfung	542
A. Neue Anforderungen an den Rechenschaftsbericht	542
I. Materielle Grundsätze der Rechnungslegung	542
1. Stärkere Ausrichtung an handelsrechtlichen Grundsätzen	542
2. Subjektive oder objektive Richtigkeit des Rechenschaftsberichts?	544
II. Struktur und Umfang der Ausweispflicht	547
III. Die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer	549
1. Zum Umfang der Prüfung, § 29 Abs. 1 PartG	549
2. Neue Ausschlußgründe, § 31 PartG	551
IV. Zuständigkeiten, § 23 Abs. 1 PartG	552
B. Neue Anforderungen an die Prüfung durch den Bundestagspräsidenten	554
I. Prüfungsbefugnis des Bundestagspräsidenten	555
II. Prüfungsverfahren, § 23 a PartG	557
§ 3 Staatliche Parteienteilfinanzierung: Voraussetzungen und Festsetzung	562
A. Materielle Voraussetzungen, § 18 PartG	563
B. Formelle Voraussetzungen: Antrag und Abgabe des Rechenschaftsberichts	566
C. Mittelfestsetzung	570
I. Einheitliches Mittelfestsetzungsverfahren zum 15. Februar, § 19 a PartG	570
II. Abschlagszahlungen, § 20 PartG	573
§ 4 Staatliche Reaktionen bei nicht eingereichten und unrichtigen Rechenschaftsberichten	573
A. Sanktionen bei Nichteinreichung von Rechenschaftsberichten, § 19 a Abs. 3 Satz 3 und 4 PartG	575
I. Beibehaltung der Zwei-Stufen-Sanktionierung	575
II. Legalisierung der formellen Rechenschaftsberichtstheorie	576
B. Staatliche Reaktionen (»Verfahren«) bei unrichtigen Rechenschaftsberichten	579
I. Rückforderung, § 31 a PartG	579
II. Sanktionen bei unrichtigen Rechenschaftsberichten	582
1. Allgemeiner Sanktionenteil	583
a. Gegenansprüche anstatt Anspruchsteilverluste	583
b. Sanktionsausschließende Nachmeldung, § 23 b Abs. 2 PartG	587

aa. Die Regelung und ihre Begründung	588
bb. Einzelne Auslegungsprobleme	589
(1) Ausschluß der Nachmeldung bei Vorsatz?	590
(2) Anforderungen an die Drittkennntnis von Unrichtigkeiten	592
(3) Inhalt der Anzeigeschreibens	594
cc. Würdigung	595
c. Entsprechende Anwendung von §31 a Abs.2 bis 5 PartG	596
2. Besonderer Sanktionenteil	597
a. Verstöße gegen Spendenregelungen, §31 c PartG	597
b. Unrichtigkeiten des Rechenschaftsberichts, §31 b PartG	601
 2. <i>Abschnitt: Die Strafvorschrift des §31 d PartG</i>	605
§1 Gesetzesgenese und Rechtsgut	606
A. Die Entstehungsgeschichte des §31 d PartG	606
B. Die geschützten Rechtsgüter	610
C. Der Deliktcharakter	615
§2 Tatbestände	615
A. Die einzelnen Tatbestände	616
I. §31 d Abs.1 PartG	616
1. Tathandlungen	617
a. Unrichtige Rechnungslegung, Satz 1 Nr.1	617
aa. Bewirken unrichtiger Angaben, Alt. 1	617
bb. Einreichen unrichtiger Rechenschaftsberichte, Alt. 2	621
cc. Einschränkung auf erhebliche bzw. wesentliche Unrichtigkeiten?	622
b. Spendenstückelung, Satz 1 Nr.2	624
c. Nichtweiterleitung einer Spende, Satz 1 Nr.3	626
2. Subjektiver Tatbestand	627
a. Spezifische Absichten	628
aa. Verschleierungsabsicht	629
bb. Umgehung der öffentlichen Rechenschaftslegung	631
b. Vorsatz	632
3. Strafbefreiende Selbstanzeige, §31 d Abs.1 Satz 2 PartG	636
a. Systematische Einordnung und ratio	636
b. Voraussetzungen	637
aa. Negative Wirksamkeitsvoraussetzungen	637
bb. Positive Wirksamkeitsvoraussetzungen	638
(1) Die Reichweite des Verweises auf §23b Abs.1 PartG	639

(2) Die Pflicht zur umfassenden Offenlegung	640
(3) Anzeige »für die Partei« oder »Mitwirkung an der Abgabe«	641
II. §31 d Abs.2 PartG	644
1. Grundtatbestand, Abs.2 Satz 1	644
a. Täterkreis	644
b. Tathandlungen	647
aa. Unrichtiger Bericht, Var. 1	647
bb. Verschweigen erheblicher Umstände, Var. 2	650
cc. Erteilung eines inhaltlich unrichtigen Bestätigungsvermerks, Var. 3	651
c. Subjektiver Tatbestand	653
2. Qualifikation, Abs.2 Satz 2	654
a. Handeln gegen Entgelt, Var. 1	655
b. Bereicherungsabsicht, Var. 2	655
c. Schädigungsabsicht, Var. 3	656
B. Irrtum	658
C. Täterschaft und Teilnahme	660
§3 Konkurrenzen und Rechtsfolgen	662
A. Konkurrenzen	662
I. Das Verhältnis der Tathandlungen zueinander	662
II. Das Verhältnis von §31 d PartG zu sonstigem Strafrecht	663
1. §31 d PartG als abschließendes Sonderstrafrecht?	663
2. Das Verhältnis zu anderen Strafvorschriften	666
B. Rechtsfolgen	666
3. <i>Abschnitt: Auswirkungen der 8. Parteiengesetznovelle auf die Strafbarkeit einer Parteienuntreue</i>	668
§1 Zum Täterkreis einer Parteienuntreue	668
§2 Untreuerrelevante Tathandlungen	669
A. Die rechtswidrige Erlangung von Spenden	670
I. Auslösung des staatlichen Gegenanspruchs als konkrete Vermögensgefahr?	670
II. Sonstige tatbestandliche Änderungen	674
B. Die Nicht- bzw. nicht ordnungsgemäße Publikation von Spenden	676
C. Die Nicht- bzw. nicht ordnungsgemäße Einreichung von Rechenschaftsberichten	677
I. Die Nicht- bzw. verspätete Stellung von Anträgen auf Festsetzung und Auszahlung staatlicher Mittel	678

II. Die Nicht- bzw. verspätete Einreichung von Rechenschaftsberichten	679
III. Die Einreichung unrichtiger Rechenschaftsberichte	680
D. Die satzungswidrige Verfügung über Parteivermögen	682
§ 3 Das Verhältnis zu § 31 d PartG: Strafbarkeitseinschränkungen und Konkurrenzen	684
A. Zur Notwendigkeit von Strafbarkeitseinschränkungen	684
B. Konkurrenzen	689
§ 4 Exkurs: Konsequenzen für die Betrugsstrafbarkeit	689
<i>Zusammenfassung und Ausblick</i>	692
 <i>Literaturverzeichnis</i>	 703
 <i>Verzeichnis der Bundestags- und Bundesratsdrucksachen</i>	 725
I. Berichte der Präsidenten/Präsidentinnen des Deutschen Bundestages	725
II. Berichte der Unabhängigen Kommissionen zur Parteienfinanzierung (soweit als Bundestagsdrucksachen veröffentlicht)	726
III. Gesetzgebungsmaterialien	726
1. 1967 und früher:	726
2. 1983/1984:	726
3. 1993/1994:	727
4. 2001/2002:	727
5. 2004:	728
IV. Sonstige Materialien	728
 <i>Paragrafenregister zum Parteiengesetz</i>	 729
 <i>Sachverzeichnis</i>	 733